

Nagra soll sich auf Weinland fokussieren

MARTHALEN. Der Geologe Walter Wildi sagt, dass sich das Weinland geologisch am besten für ein Atomendlager eigne. Die anderen fünf Standortgebiete zu untersuchen, hält er für pure Zeitverschwendung.

MARKUS BRUPBACHER

Das Endlager für hochradioaktiven Atommüll wird wohl erst 2060 in Betrieb gehen – zehn Jahre später als geplant. Den neuen Zeitplan des Bundesamtes für Energie nahm Geologieprofessor Walter Wildi am Dienstagabend an einer Podiumsdiskussion in Marthalen zum Anlass, die Standortsuche in der Luft zu zerreißen. Sie sei um 20 Jahre «usegstützed» worden, und der neue Plan, wonach der Atommüll in 46 Jahren in der Tiefe eingelagert werde, sei eine «liebenswürdige Vision». Denn Wildi geht davon aus, dass Rekurse die Einlagerung weiter verzögern werden.

Schlimmer noch: In einer unliebswürdigen «Vision 2060» sprach der Geologieprofessor davon, dass die Schweiz dann zumal den Grossteil ihres Stroms billig im Ausland einkauft und so den Stromkonzernen hierzulande das Geld für den Bau eines Endlagers ausgeht. In dieser Lage, so Wildis Szenario, würde sich der Bund auf die Suche nach einem Endlagerstandort im Ausland machen.

Schier endlose Endlagersuche

Dass der Sachplan geologische Tiefenlager, der Fahrplan für die Standortsuche also, durchgezogen wird, glaubt Wildi nicht mehr. Denn als die AKW-Betreiber neue Kernkraftwerke wollten, seien sie noch zeitlich gedrängt gewesen, ein Endlager zu bauen. Doch mit dem Atomausstieg sei dieser Druck weggefallen, «die Betreiber stehen heute auf die Bremse». Mit der Verzöge-

rung sei der Sachplan begraben worden, «er wird nicht mehr zustande kommen», so Wildi. Die jetzige Standortsuche bezeichnet er als nicht seriös, sie sei «ein «Plumperliprogramm». Die Entsorgung des Atommülls werde damit auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausgeschoben. Das Problem werde so nicht für die nächste Generation gelöst. Und es sei falsch, auf bessere zukünftige



«Man soll dort suchen, wo am meisten Aussicht auf Erfolg besteht»

Walter Wildi, Geologe

Technologien zu hoffen «und sich so aus der Verantwortung zu schleichen». Die Standorte und die Geologie würden nicht besser – die Stabilität der gesellschaftlichen Zustände an der Erdoberfläche hingegen sei ungewiss.

Bloss eine politische Alibiübung

Zum Entsetzen mancher der rund 200 Zuhörer plädierte Walter Wildi dafür, nur noch das Weinland als mögliche Standortregion vertieft zu untersuchen. «Die Suche ist dort zu konzentrieren, wo am meisten Aussicht auf Erfolg besteht.» Denn aus geologischer Sicht sei das Weinland nach wie vor der wahrscheinlichste Standort für ein Endlager. Um zu wissen, ob sich das Gebiet

tatsächlich eignet, fordert er zügige Probebohrungen und baldmöglichst ein Testlager. Dass alle sechs Standortregionen der Schweiz vertieft untersucht werden sollen, ist laut Wildi der Grund für die von ihm kritisierte Verzögerung. Vor der Standorteinengung verlangt der Sachplan den sogenannten Kenntnisgleichstand zwischen den sechs Regionen, «doch die Zeit und die Finanzen laufen uns davon». Die Untersuchung der anderen fünf Gebiete sei lediglich ein politisches Alibi, da dort kaum wesentliche neue geologische Kenntnisse zu erwarten seien. «Das bringt nichts.» Da werde nur Geld verlohnt, und Zeit gehe verloren.

Schützenhilfe aus Nidwalden

Der Zeitplan ist die eine Frage – wer das letzte Wort beim Endlager haben soll, die andere. «Ich bin kein Gegner der Atomenergie», sagte der Nidwalder SVP-Nationalrat Peter Keller an der Podiumsdiskussion. Nichtsdestotrotz will er, dass das kantonale Vetorecht gegen ein Endlager wieder eingeführt wird. So soll das Volk auch bei der Standortsuche das letzte Wort haben – und zwar nicht nur am möglichen Lagerstandort Wellenberg in seinem Heimatkanton.

Dort sagte die Bevölkerung dreimal Nein zu einem Endlager. Wenn die Leute vor Ort überzeugt werden sollen, «dann muss man ihnen das Vertrauen geben», so Keller. Das Vetorecht solle dafür sorgen, dass Politiker und Wissenschaftler überzeugen, sich erklären müssen. Und die direkte Demokratie gebe es nicht à la carte, da die Entscheide unabhängig vom eigenen Gusto zu akzeptieren sind. «Sie ist wie der Tagesteller im Restaurant: Es gibt ihn immer – manchmal schmeckt er, mal nicht.»



Im Gebiet Isenbuck/Berg im Dreieck Marthalen–Benken–Rheinau könnte das «Tor zum Endlager» hinkommen – falls sich das Weinland als Standort eignet. Bild: David Baer

Resolution ruft Weinland auf, sich zu wehren

Vreni und Walter Schächli aus Marthalen forderten bereits im Januar, die Regionalkonferenz solle gar keinen Standort für ein «Tor zum Endlager» bezeichnen («Landbote» vom 21. Januar). Obwohl über 500 Personen ihre Petition unterschrieben, blieb sie an der Konferenz chancenlos. Nun versuchen es die Schächlis mit einer Resolution an die Adresse aller Wein-

länder Gemeindebehörden sowie an den Kanton Zürich. Darin fordern sie unter anderem, dass sich die Behörden mit allen legalen Mitteln gegen ein Endlager im Weinland wehren. Eine konsultative Abstimmung am Ende der Podiumsdiskussion am Dienstag in Marthalen ergab eine sehr grosse Zustimmung zur Resolution des Ehepaars Schächli. Gestern

hat die Regionalgruppe des Forums Vera, das sich mit der Entsorgung von Atommüll beschäftigt, zur Resolution Stellung bezogen. Die Forderungen der Schächlis seien «eigennützig und widersprüchlich», da sie gleichzeitig eine möglichst sichere Lösung bei der Entsorgung verlangten. Wer eine solche Lösung wolle, schreibt das Forum, müsse ergebnisoffen sein. (mab)